

Wien, am Samstag, den 18. Dezember 1926. V i e r t e Ausgabe

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 18. Dezember 1926.

Fortsetzung der Generaldebatte.

Der Gemeinderat setzte nachmittag die Generaldebatte fort.

Gemeinderat Schersch eröffnet um 4 Uhr die Sitzung und erteilt dem Gemeinderat Doppler zur Fortsetzung seiner Rede das Wort. Der Redner beschäftigt sich weiter mit dem Feuerlöschwesen. Er äussert sich dann sehr eingehend über den Abbau der freiwilligen Feuerwehren, über die Errichtung neuer Hauptfeuerwachen in einzelnen Bezirken und erklärt, dass alle diese Reformer rein politischen Ursachen entsprungen seien. Die Berufsfeuerwehrmannschaft ist seit dem Umsturz prononziert sozialdemokratisch organisiert. (Gemeinderat Kunschak: Bis auf Widerruf). Der gegenwärtige Hauptvertrauensmann Klemisch hat sich politisch gehäutet, er ist kleiner Hausbesitzer geworden und möglicherweise wird er einmal die Entdeckung machen, dass er zu den verhassten bürgerlichen Kreisen gehört. (Gemeinderat Kunschak: Eine Art Gruener im Taschenformat). Dieser Hauptvertrauensmann beherrscht die Feuerwehrmannschaft, er ist der wahre Kommandant und der Branddirektor muss sich auch in disziplinärer Hinsicht seinen Wünschen fügen. Der Abbau der freiwilligen Feuerwehren war der Kaufpreis dafür, dass die Gewerkschaft der Berufsfeuerwehr sich damit einverstanden erklärte, dass auch bei ihr Erspargungsmassnahmen durchgeführt werden. Redner verweist auf die Auflösung der freiwilligen Feuerwehren in verschiedenen Bezirken und bezeichnet sie als schweren Fehler, weil dadurch ausgedehnte Stadtgebiete eines ausreichenden Feuerschutzes entbehren. Die neuerrichteten Berufsfeuerwehrwachen können diesen Ausfall nicht wettmachen. Nach dem Plan des amtsführenden Stadtrates Richter dürften von den 47 freiwilligen Feuerwehren Wiens nur 15 übrig bleiben, das sind freiwillige Feuerwehren in entlegenen Gebieten, wie zum Beispiel auf dem Kahlenberg, wo man doch davor zurückschreit, Berufsfeuerwachen zu errichten, weil man für sie dort keine Betätigung hätte. Um den Abbau der freiwilligen Feuerwehren zu erzwingen, gibt man ihnen eines teils keine Löschgeräte, man lässt sie verdorren oder man entzieht ihnen die Löschberechtigung. Eine geradezu schändliche Behandlung für vieljährige freiwillige opfervolle Betätigung. Einmal war die Wiener Berufsfeuerwehr richtung gebend für die ganze Welt, heute ist Wien längst von Deutschland überholt worden. Einzelne Wachen der Berufsfeuerwehr sind unverlässlich und es ereignen sich bei Bränden geradezu unglaubliche Dinge. Bei einem Brand auf dem Kinigberg fand die Berufsfeuerwehr mit dem Plan in der Hand trotz langem Suchens nicht den Hydranten. Bei einem Brand im XIII. Bezirk stellte sich heraus, dass die Berufsfeuerwehr auf ihrem Gerät um 200 Meter zu wenig Schläuche hatte. Die Mannschaft eilte im Laufschrift zur freiwilligen Feuerwehr nach Lainz und borgte sich die notwendigen Schläuche aus. Dann musste sie sich noch eine Pumpe entleihen um den nötigen Wasserdruck zum Brandobjekt auf dem Hügel zu erlangen, aber noch immer konnte die Löschaktion nicht beginnen, weil ein Kuppelungsstück fehlte. Wieder musste die Lainzer freiwillige Feuerwehr aushelfen. Und so konnte nach halbstündiger Verzögerung mit der Löschaktion begonnen werden, aber inzwischen war das Haus niedergebrannt, es gab nichts mehr zu retten.

G. G. Hörmayer kommt mit einer Perolinspritze zum Platze des Redners und setzt den Zerstäuber in Bewegung. Gemeinderat Untermüller ruft: Herr Stadtrat Richter da sind Geräte für die Feuerwehr. (Grosse Heiterkeit bei der Minorität).

G. R. Doppler verweist weiter darauf, dass angesichts solcher Fälle schwere Bedenken gerechtfertigt seien. In Lainz, in Speising bestehen grosse kommunale Wohltätigkeitsanstalten, die eines verlässlichen Feuerschutzes bedürfen und man könne sich gar nicht die Schrecknisse im Falle einer Katastrophe ausmalen. Gerade aber in Benzing wurde die freiwillige Feuerwehr aufgelassen. Vielleicht werde man noch darauf kommen, mit den jetzt so verschmähten freiwilligen Feuerwehren eine Verbindung herzustellen und sie der Öffentlichkeit wieder dienstbar zu machen. In der Berufsfeuerwehr sind Disziplinlosigkeiten eingerissen unter denen die ganze Organisation leidet. Die Bezirke Wieden, Alsergrund und Breitenfeld haben heute keine Berufsfeuerwehr, die Mannschaften der bestehenden Feuerwachen wurden für die äusseren Bezirke abgezogen wo es monatelang für sie nichts zu tun gibt und wo sie höchsten drei bis fünfmal monatlich ausrücken. Dieser Vorgang ist eine gänzliche Verkennung der feuerpolizeilichen Verhältnisse in den inneren Stadtbezirken, wo eine grössere Feuergefahr besteht und gerade da sollte man die freiwilligen Feuerwehren der angrenzenden Bezirke bestehen lassen damit sie mit der Berufsfeuerwehr einträchtig zusammenwirken können. In Berlin würdigt man die Bedeutung der freiwilligen Löschhilfe, dort hat man die vorhandenen 65 freiwilligen Feuerwehren eingemeindet und mit den modernsten Geräten ausgerüstet. Berufsfeuerwehrleute schulden diese freiwilligen Feuerwehren ein und bilden sie im Dienste aus. Redner zitiert einen Ausspruch des Branddirektors Gemp in Berlin, der auf die Frage, wie er über die Auflassung freiwilliger Feuerwehren in Wien denke, erklärt hat: Ein Mann der das getan muss ein Phantast sein und kann nicht ernst genommen werden. Redner bespricht die Verlegung der Feuerwache in den Lassaälhof, wodurch der Löschdienst in der Leopoldstadt Erschwernisse erfahre, er tadelt die geplante Einziehung der Feuerwache am Margaretengürtel und deren Verlegung auf den Wienerberg und sagt: Wenn wir das Gesamtergebnis dieser ganzen Reorganisation zusammen fassen, dann zeigt sich, dass hier sicherlich nicht sachliche Gründe massgebend gewesen sind, sondern politische Gesichtspunkte, dass die Parteipolitik sich hemmungslos austobt, dass man nicht davor zurückschreckt, die Bevölkerung Brandgefahren preiszugeben. Für die moderne Ausrüstung der Feuerwehr müssten mehr Mittel bereitgestellt werden. Es wäre ein schweres Unrecht zu behaupten, dass alle Mannschaften der Berufsfeuerwehr mit den heutigen Verhältnissen einverstanden sind. Eine grosse Anzahl wäre willig sich einer unpolitischen Disziplin zu fügen, aber durch Terror und durch die Zwangsmittel der parteipolitischen Organisation wird auch die pflichtbewusste Mannschaft gebaut. Ja radikale Elemente gehen so weit, diesen pflichtbewussten Leuten anzudrohen, sie bei Bränden nicht zu unterstützen. Wie soll ein pflichtbewusster Feuerwehrmann bei einem Brand bestimmte Rettungsaktionen vornehmen, wenn er befürchten muss, dass durch eine politisch verräterische Verhandlung sein Leben gefährdet ist. (Rufe bei der Minderheit: Das sind ja Mörder! Was sagt der amtsführende Stadtrat dazu?) Der leugnet diese Dinge. Ich habe mir von Augenzeugen erzählen lassen, dass beim Rapport der Feuerwehr erst dann eine Bestrafung ausgesprochen wird, wenn der Hauptvertrauensmann Klemisch sein weises Haupt neigt. Unsere erste Forderung muss sein: Entpolitisierung der Berufsfeuerwehr und Hebung der Disziplin.

18/12

A handwritten signature or set of initials, possibly 'N', written in a cursive style with a long, sweeping tail that curves upwards and to the right.

Gemeinderat Doppler bespricht sodann die Finanzkontrolle der Gemeinde Wien. Es ist von keiner Unabhängigkeit des Kontrollamtes zu reden, weil der Leiter des Kontrollamtes dem Herrn Bürgermeister als dem Landeshauptmann untersteht. Es fehlt im Kontrollamt in allem und jedem. Von einer wirklichen unabhängigen Einrichtung kann nicht gesprochen werden. Während beim Bund seitens der Minderheit die Kontrolle restlos ausgeübt wird, erfahren wir hier überhaupt nichts. Nur Herr Breitner teilt hier und da einiges in vertraulichen Sitzungen des Finanzausschusses mit. Das Misstrauen, das daher dem Kontrollamt entgegengebracht werden muss, ist berechtigt.

Wo immer wir in der gesamten Verwaltung hinblicken, überall stossen wir auf eine unsachliche Geschäftsführung. Alles ist auf die Grundsätze Ihres Parteiprogrammes eingestellt. Dass Sie dadurch die verfassungsmässigen Rechte der anderen verletzen, dass sie Unrecht auf Unrecht häufen, das hält sie nicht ab, an Ihrem System festzuhalten. Der Druck, den Sie ausüben, wird aber unerträglich, wenn er zu stark ausgeübt wird. Das Endergebnis ist, dass die Wirtschaft und die Bevölkerung nach Erlösung schreit. Dieser Schrei wird nicht verstummen, er wird immer lauter werden, bis die Stunde der Befreiung kommt, und die Wählerschaft über Ihr Verhalten in diesem Hause urteilen wird.

Damit schliesst Gemeinderat Doppler seine fast neunstündige Rede. Er wird von seinem Fraktionskollegen, die ihm stürmischen Beifall sollen, beglückwünscht. Der Vorsitzende, Gemeinderat Weigl, teilt sodann das Ergebnis der Wahlen in den Wiener Fortbildungsschulrat mit. Diese Wahlen wurden durch das Ableben des Nationalrates Widholz notwendig. An Stelle Widholz wurde in den Fortbildungsschulrat Nationalrat Volkert und als dessen Ersatzmann Stadtrat Richter gewählt.

Nun ergreift Gemeinderat Neider das Wort: Ein Budget, das die Zustimmung der Minorität erlangen will, muss anders beschaffen sein, als das Budget, mit dem wir uns befassen. Das Budget muss vor allem auf den Gedanken des allgemeinen Volkswohls aufgebaut sein. Es darf nicht darauf rechnen, nur die sachliche Kritik der Minorität zu finden, sondern es muss so gestaltet sein, auch den Beifall der Opposition zu finden. Dieses Budget aber ist in allen seinen Fasern weit davon entfernt. Ein Budget, das ausgesprochen Parteibröckel trägt, das den Charakter eines politischen Budget hat, verdient selbstverständlich nicht unsere Zustimmung. Die bisherigen Erörterungen müssen wirklich sachlich genannt werden, weil wir es weit von uns weisen, aus politischen Gründen dem Budget eine Animosität entgegenzubringen. Wir haben den Beweis erbracht, dass es uns nur um die Sachlichkeit zu tun ist. Wenn Sie den Vorwurf der Frechheit, den Sie und machen, darauf stützen wollen, dass wir im Auftrage eines grossen Teiles der Bevölkerung dieser Stadt ihr Interesse zu vertreten suchen, wenn sie den Vorwurf Frechheit darauf stützen sollten, dass die Minorität an Sie das ganz selbstverständliche Verlangen gestellt hat, einen Teil der Steuern abzubauen, dann fühlt man sich fast versucht, sich diesen Vorwurf gefallen zu lassen.

Die Arbeiterzeitung hat geschrieben, die Forderungen der Christlichsozialen werden abgelehnt, da können die "Gelben" machen, was sie wollen. Sie haben damit der christlichsozialen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung den grössten Schimpf angetan, den wir mit keinem Wort qualifizieren können. (Gemeinderat Untermüller: Sagen wir ein Gesindel!) Was versteht man eigentlich unter dieser Beschimpfung, die wir als ganz

gewöhnliche Lausbühner zurückweisen. Unter Gelbe versteht man Organisationen, die nicht das Interesse der Arbeiter vertreten Organisationen der Arbeiterschaft, die nicht das Interesse der Arbeiter vertreten, sondern das der Unternehmer. Wir haben aber mehr Recht, die Sozialdemokratie gelb zu nennen, als das Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei uns. Auf dem Linzer Parteitag hat sich Ihr Führer Dr. Bauer eingehendst mit den Fragen der Taktik der sozialdemokratischen Gewerkschaften für die Zukunft beschäftigt. Er hat gesagt: Niemand denkt an die Aufhebung des Streikrechtes. Aber die Anwendung des Rechtes ist die Frage. Wenn die Sozialdemokratie die Macht im Staate erobert hat, dann ist es den Arbeitern nicht mehr gestattet, gegen die sozialistische Leitung und Führung zu sprechen. Wenn das allen Arbeitern bekannt sein würde, dann würden Sie Ihnen sagen, dass sie kein Recht haben, die christlichsoziale Arbeiterschaft gelb zu nennen, sie so zu beschimpfen. In der Arbeiterzeitung finden wir sehr viele Lügen.

Die Arbeiterzeitung wird von vielen Arbeitern gelesen.

G.F. Untermüller (chr. soz.) Sie muss gelesen werden!

Es gibt nicht wenig Arbeiter, die aus Ueberzeugung Sozialdemokraten sind, aber der grösste Teil ist nicht aus Ueberzeugung in der sozialdemokratischen Partei, sondern mit Rücksicht auf die Angst um die Existenz. Diese Leute müssen das lesen, was Sie ihnen vortragen. Sie lesen die Lügen einmal und glauben sie nicht, vielleicht auch beim zweitenmal haben sie noch Zweifel. Aber je öfter Sie diesen Leuten diese Lügen vortragen, desto mehr kommen sie ins Wanken. Aber Sie dürfen doch die Arbeiter nicht für so gedankenlos halten, dass Sie ihnen zumuten, sie sollen glauben, dass wir die grossen Hotels auf der Ringstrasse von der Nahrungs- und Genussmittelabgabe befreien wollen. Es sind nicht die Angehörigen der christlichsozialen Partei, die in den Schieberlokalen sich gütlich tun. Es gibt schon viele, die aus Ihrer Organisation hervorgegangen sind, die es für notwendig finden, solche Stätten aufzusuchen. Ich erinnere Sie nur an den von der Winexaffäre bekannten Dr. Gröll, der in Bad Gastein die teuersten Gaststätten aufgesucht hat. Redner erklärt, er müsse gegen die unerhörten Beschimpfungen der jüdischen Arbeiterzeitung gegen das christliche Volk entschieden protestieren. Zum Budget übergehend bezeichnet er die im Vorschlag enthaltenen Ziffern als nicht reell, wahrscheinlich werde sich wie in früheren Jahren das angekündigte Defizit von 67 Millionen Schilling am Schlusse des Jahres 1927 als ein Ueberschuss in gleicher Höhe ergeben.

Inzwischen ist es neun Uhr geworden, die Mitglieder der Mehrheit kommen in den Saal und werden von der Minderheit mit den Rufen empfangen: Guten Morgen! Haben die Herren ausgeschlafen?

Vorsitzender Gemeinderat Weigl bricht die Beratungen ab und teilt mit, dass die Generaldebatte am Montag um zehn Uhr vormittag fortgesetzt wird.

Schluss der Sitzung neun Uhr abends.